

# **Klimabewegung: Weiter machen wie bisher?**

**Lars Keller**

So - es wurde Zeit, Klimabewegung is back in big! Am 25. September ruft Fridays for Future zum globalen Klimastreik auf, Ende Gelände startet im gleichen Zeitraum (23.-28. September) Aktionen im Rheinischen Braunkohlerevier, auch wir sind am Start!

Unsere Ausgangslage ist dabei deutlich beschissener als noch vor rund einem Jahr, als Millionen auf die Straße gingen, um für eine effektive Klimapolitik zu demonstrieren. Praktisch und ein kleiner Trost wär's gewesen, wenn die Corona-Krise die menschengemachte Erderwärmung zumindest ein kleines Bisschen kühl angehaucht hätte- aber nix davon! Es wird davon ausgegangen, dass 2020 höchstens 7 % weniger CO2 emittiert werden als 2019 (dpa), zu wenig, um irgendetwas gegen den Klimawandel auszurichten.

Und auch sonst sieht's miese aus. Statt aus der Kohleverstromung auszusteigen, gibt's mit Datteln IV einen nagelneues Steinkohlekraftwerk. Die Lufthansa wird vom deutschen Staat mit gigantischen Summen gerettet, die selbstinszenierte Klimavorreiterin Deutsche Bahn muss 2 Mrd. Euro allein beim Personal einsparen und zu einem großen Teil mit Datteln-Strom fahren. Die deutsche Autoindustrie kriegt Milliarden in den Arsch geblasen, wer sich ein E-Auto kauft, kriegt fette Zuschüsse für ein Fahrzeug, das überhaupt erst nach 8 Jahren grüner ist als ein Benzinauto...und auch mit Strom aus fossiler Energie fährt.

## **Corona und die Krise und die Umwelt**

Die Rettung der Lufthansa und erhöhte staatliche Förderungen in der Autoindustrie sind unmittelbare Folgen der Coronavirus-Pandemie, welche zu einer massiven Wirtschaftskrise führte. Wäre also ohne Corona wirtschaftlich alles super? Nein, sicher nicht. Corona ist zwar der Auslöser der Krise, ja. Aber genau genommen erleben wir weltweit betrachtet eine durchgehende

Krise seit 2008 / 2009. Corona hat diese massiv verschärft, irgendeine Verschärfung war aber sowieso überfällig und wurde seit gut zwei Jahren erwartet von Ökonom\_Innen erwartet.

Warum kommt's eigentlich immer wieder zu Krisen - mit und ohne Virus? Es liegt an der Art und Weise wie der Kapitalismus funktioniert. Er trägt die niemals endende Ausweitung und Intensivierung der Produktion als Zwang in sich. Wer Kapitalist\_In ist muss, um auf dem Markt zu überleben, den Großteil seines Gewinns erneut in die Produktion investieren. Genauso wie unsere Erde hat der Markt dabei aber eine Grenze. Irgendwann bietet sich für Kapitalist\_Innen keine ausreichend attraktive Möglichkeit mehr, worin sie investieren können. An diesem Punkt befinden wir uns nun schon einige Jahrzehnte. Wenn es im industriellen Bereich kaum noch Möglichkeiten zur Investition gibt, fließt Kapital in unproduktivere Bereiche, es kommt zum Beispiel zu Immobilien- oder Kreditblasen. Hinter den Geldgewinnen steckt hier kein realer Gegenwert mehr. Das bringt den Kapitalismus in eine Schieflage, bis ihn zum Beispiel ein Virus (2020) oder eine Bankenpleite (2009) zum Kippen bringt. Kein Gesetz, keine „Degrowth-Politik“ kann diesen Mechanismus unterbinden, die Konkurrenz selbst verhindert das. „Degrowth-Politik“ eines einzelnen Staates innerhalb des Kapitalismus heißt: wirtschaftlicher Selbstmord.

Was hat das jetzt mit der Krise der Umwelt zu tun? Sehr viel. Auch wenn eine Krise erst mal dafür sorgt, dass z.B. weniger CO2 emittiert wird, weil Fabriken die Produktion drosseln, so ist auf lange Sicht eine Krise ein Brandbeschleuniger für den Planeten. Denn nur weil Krise ist, hört die Konkurrenz zwischen Kapitalist\_Innen und ihren Staaten nicht auf - sie wird im Gegenteil viel brutaler und auf Kosten der Umwelt und der breiten Masse der Bevölkerung ausgetragen. Beispiele gibt's nicht erst seit Corona. China befindet sich seit Jahren im wirtschaftlichen Aufstieg und schießt dabei großzügig auf Klima- und Umweltpolitik. Die USA sehen sich davon bedroht und kündigten 2017 den Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen an (das selbst ein Witz war).

Nur wer kapiert, dass es eine zugespitzte internationale Konkurrenz gibt, wird verstehen, warum die Bundesregierung die Lufthansa und die

Autokonzerne mit Milliarden auffängt. Es geht um die Konkurrenzfähigkeit deutscher Kapitalist\_Innen auf der Welt. Der Staat agiert nicht zufällig so, denn er ist selbst ein kapitalistischer Staat und eng verwoben mit den Konzernen und Banken.

Die Konkurrenz selbst gipfelt im Kapitalismus darin, dass die stärksten Mächte immer wieder an den Punkt gedrängt werden um die Neuaufteilung der Welt in Einflussgebiete, Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Produktionsstandorte zu kämpfen - wir sprechen vom Imperialismus. Das geht politisch-diplomatisch, in letzter Instanz aber mit Gewalt, mit Krieg. Dabei versuchen diese Mächte ihre Krise auf drei Arten zu lösen:

- Abwälzung der Krisenkosten auf ihre eigene Bevölkerung, im Wesentlichen die Arbeiter\_Innenklasse durch eine verschärfte Ausbeutung
- Abwälzung der Krisenkosten auf die halbkoloniale Welt, also schwächere, wirtschaftlich von großen Mächten abhängige Staaten, hier schlägt die Krise bereits jetzt brutaler zu, z.B. aufgrund miserabler Gesundheitsinfrastruktur
- Abwälzung der Krisenkosten auf andere Weltmächte

Das Ziel ist jeweils im Konkurrenzkampf auf Kosten Anderer zu überleben. Bei all dem kann es sich ein kapitalistischer Staat kaum leisten, auf einen wirklichen, effektiven Schutz der Umwelt zu Wert zu legen. Die Konkurrenz und ewige Produktionsausweitung tragen bereits in sich, dass es das nicht geben kann, eine Krise tritt dabei immer wieder auf und verschärft das.

Als würde das nicht schon reichen, droht noch ein weiterer Brandbeschleuniger. Die Coronakrise hat der politischen Rechten Rückenwind verliehen. So sammelt sich ein ekelhafter Sud aus Nazis, Verschwörungstheoretiker\_Innen und Rechtspopulist\_Innen bis weit in die bürgerliche Mitte hinein. Die Schnittmenge derer, die sowohl Corona als auch den Klimawandel leugnen, ist wohl groß. Dabei schaffen es Rechte mittlerweile nicht nur in ihren klassischen Hochburgen große Demos auf die Beine zu stellen. Die rechtsoffenen Aktionen von „Querdenken 711“ haben auch in z.B. in Baden-Württemberg Massen auf die Straße gebracht. Schon allein deshalb muss sich eine Klimabewegung ebenso dem Rechtsruck

entgegenstellen. Dazu aber später noch mehr.

### **Und jetzt? Alles nur scheiße?!**

Scheint fast so...aber es gibt auch eine Reihe von Chancen für die Umweltbewegung. Aber um diese zu erkennen, müssen wir uns fragen, was die Probleme von Fridays for Future und einem großen Teil der Umweltbewegung waren...schon bevor Corona uns zurückwarf.

Millionen Menschen auf der Straße, Bitten, Flehen, Weinen und Schreien gegenüber der Politik haben was gebracht? - nichts, also fast nichts...es brachte uns einen Joke, einen schlechten Witz, ein Klimapaket, das weder die Namen „Klima“ noch „Paket“ verdient hat. Ist die Regierung einfach nur taub und blöde, dass sie die gesellschaftliche Debatte, die wir anstießen, nicht hörten; unsere Forderungen auf tausenden Pappdeckeln nicht sahen? Nö. Sie macht, was sie als Regierung eines kapitalistischen Staates tun muss - nämlich Politik fürs Kapital. Sie kann nicht anders und will es davon abgesehen auch gar nicht anders. Klimapolitik gibt's nur, wenn es der deutschen Exportindustrie nutzt. Und wir sollten ja nicht glauben, dass das mit einem Jakob Blasel oder einer Luisa Neubauer von Fridays for Future bzw. den Grünen an der Regierung anders liefere. Wer wie die Grünen den Kapitalismus grün anstreichen will, wird unterm Strich kapitalistische Politik machen...die niemals nie grün sein kann (siehe oben, Konkurrenz und so).

Am Rande bemerkt: Die LINKEN können aus der Klimabewegung gar keinen Erfolg ziehen. Gerade mal 1% der Befragten einer Tagesschau-Umfrage trauen der Linken eine gute Klimapolitik zu. Naja, wer Braunkohletagebaue in der Lausitz (Welzow II) unterstützt und auch sonst nichts gegen die Krise leistet hat's wohl nicht besser verdient. Die anderen Parteien im übrigen auch nicht, aber die sind wohl besser darin ihre klimaschädliche Realpolitik umweltfreundlich zurechtzubiegen.

Mit den Bitten an die Regierung, RWE, VW und Co. muss das jetzt mal vorbei sein, es gab Zeit genug zu erkennen, dass damit nichts zu erreichen ist, was den Planeten lebenswert hält. Die Strategie muss eine andere sein - eine antikapitalistische.

Was heißt das? Das heißt z.B. VW, RWE und Co nicht zu bitten, mehr fürs Klima zu tun, sondern sie zu enteignen! Kein Profit mit der Zerstörung des Planeten! Und dann? Wer übernimmt die Kraftwerke usw.? Der Staat? Jein. Enteignen heißt zwar erst mal, dass die Betriebe in Staatshand übergehen, aber der Staat besitzt diese erstens sowieso schon teilweise und zweitens kann er sie genauso schmutzig weiterführen. Es ist eine Frage der Kontrolle.

Wir stellen uns vor, dass die Beschäftigten selbst die Produktion kontrollieren sollen, umgestalten sollen, sodass z.B. schnellstmöglich eine Autoproduktion massiv auf Schienenfahrzeuge umgestellt wird. Alles, was damit verbunden ist - Produktionsumbau, Umschulung usw., haben die Kapitalist\_Innen zu zahlen!

Aber sind die Arbeiter\_Innen denn dafür zu haben? Die haben ja auch Fridays for Future so gut wie nicht unterstützt! Tja, weil sie davon nicht so richtig angesprochen waren. Die Erfahrung ist nämlich, dass sie z.B. in Form einer CO2 Steuer eine unzureichende Klimawende bezahlen. Aber es ist nicht so, dass Arbeiter\_Innen grundsätzlich nicht gewinnbar wären. Es gibt einige Chancen:

- die Tarifverhandlungen von Ver.di zum Nahverkehr sind ein wunderbarer Anknüpfungspunkt für uns. Es gilt Druck mit den Arbeiter\_Innen zusammen auf Ver.di und die Bosse zu machen und einen kostenlosen, gut ausgebauten Nahverkehr zu fordern, mit höheren Löhnen für Beschäftigte und verkürzter Arbeitszeit, bezahlt durch eine Besteuerung der Profite der Autokonzerne

- die Krise führt zu großen Entlassungen und Kurzarbeit. Dagegen sollten wir fordern: Wir zahlen nicht die Krise der Bosse! Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und keine Entlassung! Geplante Umstellung der Produktion auf eine wirklich nachhaltige Basis!

- die Coronakrise zeigte die Instabilität unseres Gesundheitssystems. Warum fordert nicht auch Fridays for Future eine kostenlose, gut ausgebaute Gesundheitsversorgung sowie Kommunalisierung der Krankenhäuser?

Hä? Aber die letzte Forderung hat doch gar nichts mit der Umwelt zu tun?!  
Erstmal hat alles mit der Umwelt zu tun, z.B. wenn ein Krankenhaus eine

Uralt-Heizung verwendet. Zentral ist aber zweitens folgendes: Die Klimabewegung muss es schaffen Kämpfe zu verbinden, dabei eine Antikrisenbewegung aufbauen und sich mit der Arbeiter\_Innenklasse insgesamt zu verbünden. Nur sie könnte überhaupt eine Enteignung von VW und Co grün umsetzen.

Kämpfe verbinden heißt auch, eine klar antirassistische Haltung zu beziehen, sich dem Rechtsruck entgegenzustellen. Da reicht es nicht, auf Instagram die Evakuierung Morias zu fordern, sondern offene Grenzen und einen antirassistischen Selbstschutz aufzubauen und genau das überall zu fordern, sei es in Garzweiler oder auf einem Verdi Streik. Die Klimakrise ist der Fluchtgrund Nr. 1.

Wenn wir anfangen, diese Perspektive zu diskutieren und zu fordern, eine antikapitalistische und antirassistische Bewegung gegen die Krisen in Umwelt, Gesundheit, den Betrieben und nicht zuletzt an mörderischen Grenzen aufzubauen, dann kann es möglich sein, dass die Klimabewegung die Initiatorin wird, den Rechtsruck und die Angriffe der Regierung und Konzerne aufzuhalten.

Die Alternative heißt sie weiter anzuflehen und daran zu verzweifeln.

---

# **There is no school without racism!?**

Rassismus

hat viele Gesichter. Ob an den Außengrenzen der EU, bei Polizeikontrollen oder

der Jobvergabe. In diesem System gibt es keinen Ort, der vollkommen frei von

Ausbeutung und Unterdrückung ist. Somit ist rassistische Diskriminierung im

Alltag für viele uns nichts Neues. Auch nicht unseren Schulen, denn unser Bildungssystem soll uns für „die Zukunft“ vorbereiten und das klappt an sich ganz gut: der Mix aus Leistungsdruck, mangelnde individuelle Förderung und

Lernen nach Plan soll uns auf 40-Stunden Wochen ohne sich zu beschweren vorbereiten, also auf das Funktionieren in der kapitalistischen Arbeitswelt.

Deswegen gibt es auch keine großartigen Auseinandersetzungen

mit Unterdrückungen wie Rassismus, Sexismus oder LGBTIA+ Feindlichkeit.

Stattdessen sind dumme Sprüche von Lehrer\_Innen oder Mitschüler\_Innen Alltag

und auch sonst läuft 'ne Menge schief:

## **Rassismus im Lehrplan**

Aufarbeitung

deutscher Kolonialvergangenheit? Gibt's so gut wie nie. Stattdessen können wir,

wenn wir Geographiebücher aufschlagen viele dumme, rassistische Stereotype über

„Afrika“ lernen. Die Bilder von hungernden Kindern vor Strohhütten lassen unbewusst das Kolonialherz höher schlagen und ermutigen Alexander und Elisabeth

dazu, nach dem Abi unbedingt mal was Gutes zu tun und sich in der sogenannten

Entwicklungshilfe zu engagieren. Welches Bild wird hier vermittelt? Alle Menschen auf diesem Kontinent sind arm, rückständig und sowieso ist's zu anstrengend, sich mit den 52 Ländern Afrikas genauer auseinanderzusetzen.

Neben

dieser viel zu vereinfachten Darstellung wird die jahrhundertelange Gewaltherrschaft und Versklavung sowie die bis heute andauernde Ausbeutung

durch reichere Länder verschwiegen. Aber das ist nicht alles. In Geschichte und

anderen Fächern wird alles so dargestellt, als ob die Europäer\_Innen das Rad

der Zeit erfunden und beispielsweise Amerika „entdeckt“ hätten, während andere Hochkulturen, Befreiungsbewegung und PoCs selbst nie existierten. Kolonialist\_Innen wie Kolumbus oder Bismarck werden als schillernde Figuren der Geschichte dargestellt, auf die wir stolz sein könnten. Die Abwertung anderer Kulturen und das Auslöschen unserer vielfältigen kulturellen Identitäten zieht sich weiter durch: Obwohl zum Beispiel in deutschen Großstädten wesentlich mehr Menschen Türkisch als Französisch sprechen, zählen die Sprachen der alten Kolonialmächte Frankreich, Spanien, Deutschland und England nach wie vor zu den „Weltsprachen“, die alle lernen müssen, während der Rest unwichtig ist.

## **Rassismus auf dem Schulflur**

Daneben kommen noch rassistische Beleidigungen und Sprüche dazu. Ob nun von Lehrer\_Innen oder Mitschüler\_Innen, sie sind das, was mehr hängen bleibt. „Du darfst erst hier sitzen, wenn du einen deutschen Pass hast“, „Der Pole hat wieder mein Pausenbrot geklaut“, „Wasch dich solange du weiß bist“, „Ihr MigrantInnen habt doch immer so große Familien“, „Darf ich mal deine tollen Kraushaare anfassen?“ rahmen den Schulalltag neben den Vor- und Nachnamen, bei denen sich niemand auch nur die Mühe macht, sie richtig auszusprechen. Auch wenn einige das nur „witzig“ meinen, der Kern bleibt rassistisch und zeigt uns auf, dass wir anders sind, nicht erwünscht sind und vor allem: dass es auch in der Schule ein Machtgefälle gibt, das sich zu unserem Nachteil auswirkt. Dabei findet

die  
rassistische Spaltung nicht nur zwischen nicht-weißen und weißen  
Schüler\_innen  
statt. Auch untereinander reproduzieren wir rassistische Gedanken. So gibt  
es  
sehr häufig Ausgrenzungen und Konflikte, die zum Beispiel kurdische  
Jugendliche  
erdulden müssen, während das Lehrpersonal oftmals unwissend daneben  
steht und  
sagt „Löst das mal außerhalb der Schule“ (Ja. Herr M. Der Konflikt, der älter  
als sie ist, den lösen wir einfach mal nach dem Deutschunterricht. Danke für  
den Tipp). Besonders schwer haben es aber unsere schwarzen\*  
Freund\_Innen, die  
oftmals von allen Seiten rassistische Witze und Beleidigungen ertragen  
müssen.  
Entweder wird man, insbesondere wenn man ein Mädchen ist, exotisiert also  
dass  
bspw. das sogenannte Fremde (dunklere Haut- und Haarfarbe) als was  
besonderes  
angesehen wird oder man bekommt abfällige „Sklavenwitze“ an den Kopf  
geworfen.

## **Rassismus als Ordnungssystem**

Doch das ist  
nicht das einzige, wo wir mit Rassismus in der Schule konfrontiert werden.  
Viele kennen das vielleicht, dieses Gefühl ungleich behandelt zu werden.  
Doch  
wirklich was dagegen machen, kann man nicht. Schließlich ist's nur ein  
Gefühl,  
oder? Falsch. Das subjektive Empfinden von Lehrer\_Innen sorgt teilweise für  
Ausgrenzung und schlechtere Noten. So ist 2018 eine Studie der Universität  
Mannheim raus gekommen mit dem Namen „Max vs Murat“. Dort wurden  
zwei Gruppen

von Lehramtsstudierenden Diktate mit gleicher Fehleranzahl gegeben. Nur  
hieß  
der eine Schüler Max, der andere Murat. Das Ergebnis: Obwohl alles  
identisch  
war, wurde Murat schlechter benotet. Das ist nur ein Beispiel dafür, dass so  
was keine reine Einbildung ist. Auch, wenn nicht alle Lehrende dies mit  
Absicht  
machen, so haben sie doch Stereotype - schließlich sind sie in dieser  
Gesellschaft  
aufgewachsen - und bedienen sie mal bewusster, mal unbewusster.  
Insgesamt sorgt  
gerade die schlechtere Bewertung dafür, dass wir PoCs oder Menschen mit  
sogenannten „Migrationshintergrund“ seltener Bildungsempfehlungen für  
höhere  
Schulabschlüsse bekommen. Dann arbeiten wir in beschissenen Jobs,  
unterstützen  
parallel unsere Familie und haben später selber weniger Zeit, uns um unsere  
Kinder zu kümmern - so vererbt sich Armut und wir bleiben dort, wo uns das  
kapitalistische System gerne hat. Unten.

## **Was tun?**

Der Kampf  
gegen Rassismus an der Schule ist nicht leicht. Konfrontiert man  
Lehrer\_Innen  
oder Mitschler\_Innen mit ihren Äußerungen, wird einem nicht geglaubt  
oder man  
wird als die nervige Person abgestempelt, die „immer diskutieren will“. Auch  
riskiert man, noch schlechtere Noten zu kriegen und im Unterricht ignoriert  
zu  
werden, weil der\_die Lehrer\_in Angst vor kritischen Äußerungen hat.  
Initiativen  
wie „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage sind für uns dabei ein  
Tropfen  
auf den heißen Stein, die oftmals nur reine Imagekampagnen sind, mit denen

sich

die Schule schmücken kann. Also was tun? Um Rassismus in die Geschichtsbücher

zu verbannen, müssen wir ihn an seiner Wurzel packen: dem Kapitalismus.

Als

Sozialist\_Innen wollen wir die Produktionsmittel vergesellschaften, sodass weder Reiche, noch Konzerne oder Kapitalist\_Innen darüber bestimmen können, wie

produziert wird. Das soll stattdessen die Mehrheit der Bevölkerung in Räten machen. Damit wollen wir materielle Ungleichheit verhindern, die eine wichtige

Grundlage für Rassismus ist - also die systematische Ausbeutung anderer Länder

und die Spaltung von weißer\* und nicht-weißer\* Arbeiter\_Innenklasse, die zu Konflikten und Abstiegsängsten führt.

Doch das

allein reicht nicht aus! Der Kampf gegen Rassismus kann nur erfolgreich sein,

wenn wir im Hier und Jetzt für konkrete Verbesserungen einsetzen.

Deswegen

fordern wir beispielsweise:

- Wir wollen nicht nur die Rücknahme von allen rassistischen Asylgesetzen, sondern offene Grenzen und Staatsbürger\_Innenrechte für alle!
- Aufmerksamkeit gegen Polizeigewalt reicht nicht! Für die Organisation von antirassistischen Selbstschutzkomitees in Verbindung mit der Arbeiter\_Innenklasse!
- Gegen die Unterbringung in Lagern & überhöhten Mieten: Enteignung & Nutzung von leerstehenden Wohnraum und Spekulationsobjekten!
- Schluss mit Spaltung! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

und einen höheren Mindestlohn für alle! Für den Aufbau einer  
antirassistischen  
Bewegung auf Basis der Organisationen der Arbeiter\_Innenklasse,  
die das durchsetzt  
mit Komitees an Schulen, Unis und Betrieben!

Damit es für  
rassistisch Unterdrückte auch möglich ist, sich zu organisieren, treten wir für  
ein Caucusrecht ein, dass unserer Meinung allen sozial Unterdrückten zu  
steht.  
Das ist ein Schutzraum, in denen Unterdrückte die Möglichkeit haben, sich  
bspw.  
in unserer Organisation separat zu treffen, um über konkrete Vorfälle von  
Unterdrückung sich auszutauschen und gemeinsam Forderungen in die  
Organisation  
hineinzutragen. So was sollte es in allen Organisationen der  
Arbeiter\_Innenklasse geben (wie bspw. den Gewerkschaften) und damit  
kombiniert  
werden, dass sich jene, die die Unterdrückung nicht erfahren, sich in der Zeit  
ebenfalls mit der Thematik auseinandersetzen.

## **Und an der Schule?**

Auch wenn  
das da oben sich alles sehr abstrakt anhört, verknüpfen wir unsere Inhalte  
mit  
unserer Praxis. Denn wir wollen gleichzeitig Politik an die Orte tragen, an  
denen wir uns tagtäglich bewegen, um dort eine Debatte zu starten und so  
auch  
Menschen für unsere Ideen zu gewinnen, die noch nicht auf linke Demos  
gehen.  
Deswegen gehört es zu unserer Organisationspraxis dazu, dass wir uns an  
unseren  
Schulen organisieren und dort Komitees aufbauen. Denn im Gegensatz zu  
den

normalen Schüler\_Innenvertretungen können alle mitmachen, die möchten. Zudem sind wir in diesem Rahmen nicht von dem autoritären Schulgesetz abhängig und können uns deswegen politisch positionieren. Im Rahmen von so einem Komitee ist es dann auch leichter Aktionen zu starten: ob Plakataktionen, wo die eigenen Schulbücher ausgestellt und kritisiert oder rassistische Stereotype auseinandergenommen werden. Auch ist es sinnvoll Veranstaltungen zu organisieren, wo man gemeinsam mit Mitschüler\_Innen über aktuelle Themen wie Black Lives Matter, rassistische Polizeigewalt und rechten Terror oder die Situation von Geflüchteten diskutiert, da diese im Unterricht oftmals zu kurz kommen oder erst gar nicht thematisiert werden. Gibt's Stress oder geht es darum sich gegen rassistische Lehrer\_Innen oder Schulstrukturen zu wehren, ist es auch besser gemeinsam aktiv zu sein: Ob offene Briefe an Schüler\_Innenvertretung oder die Öffentlichkeit, gemeinsame Protestkundgebungen oder gar Vollversammlungen zu dem Thema - zusammen organisiert's sich leichter. Auch Mobilisierungen sind immer ein guter Ansatz, um Aufmerksamkeit zu bekommen. Hat man es geschafft eine Diskussion zu starten oder weiß nicht, wie man konkret anfangen soll, kann man auch Themen miteinander verknüpfen: am 25.9. gibt's den nächsten internationalen Klimastreik von Fridays for Future. Auch das kann und muss ein Anknüpfungspunkt sein, um in der Schule über Rassismus zu sprechen, schließlich finden viele der Umweltkatastrophen andernorts statt, weil imperialistische Länder wie Deutschland ihre Produktion in andere, ärmere Länder verlagern. Das kann man im Zuge der Mobilisierung thematisieren, gemeinsam auf den Streik gehen und sich danach weiter tiefgehender mit Rassismus an der eigenen Schule beschäftigen.

Also, lasst

uns loslegen und gemeinsam gegen Rassismus an unseren Schulen kämpfen!

- Lernen für's Leben? Nur mit uns! Für Rahmenlehrpläne und Lehrmaterial organisiert von Schüler\_Innen, Lehrer\_Innen in Verbindung mit der Arbeiter\_Innenbewegung!
- Schluss mit Leistungsdruck & Spaltung: Gegen das 3-teilige Schulsystem und Privatschulen stattdessen eine Gesamtschule für Alle!  
Für massive Investitionen in das Bildungssystem, bezahlt aus der Besteuerung von Vermögen und Profiten!
- Gemeinsam gegen Diskriminierung: Für unabhängige Meldemöglichkeiten bei Diskriminierungsfällen an der Schule organisiert durch Schüler\_Innen!
- Für den Aufbau einer Schüler\_Innengewerkschaft, die gegen Sparmaßnahmen, Leistungsdruck und Diskriminierung kämpft!

Du findest diesen

Artikel gut? Du hast Bock aktiv zu werden? Dann schreib' uns an!

Uns gibst's in

den unterschiedlichsten Städten im Bundesgebiet! Wir freuen uns !

---

# Zwischen Entmündigung und

# **Sparzwang: Jugendwohnen in Zeiten der Pandemie**

## **Eine betroffene Genossin berichtet**

Im Frühjahr 2017 wurde ich von dem für mich zuständigen Jugendamt in Obhut genommen. Seitdem lebte ich drei Jahre lang in einer Einrichtung der Jugendhilfe. Ich entschied mich damals selbst, in Obhut genommen zu werden, um meinem Elternhaus zu entkommen. Während ich in diesem Hilfesystem lebte, lernte ich dessen Stärken, aber vor allem auch dessen Schwächen kennen. Im Grunde soll es Jugendliche dabei unterstützen, in ihr selbständiges Leben zu starten. Dabei stehen aber leider weniger die Entwicklung und Bedürfnisse der Jugendlichen im Vordergrund, sondern eher die Kostenminimierung und die traditionelle Hoheit der Familie. In Zeiten der Corona- und Wirtschaftskrise verstärkt sich dieser Zustand zunehmend, wie ich am eigenen Leib spüren musste.

Bereits bevor ich in die Jugendhilfe aufgenommen worden bin, merkte ich, welchen Stellenwert ich für das Jugendamt hatte. Erst nachdem zwei voneinander unabhängige Therapeutinnen und zwei voneinander unabhängige Sozialarbeiterinnen sich mit der Bitte, mich dabei zu unterstützen, mein Elternhaus zu verlassen, an das Jugendamt wandten und

meine

Eltern jegliche Zusammenarbeit verweigerten, wurde ich in Obhut genommen. Aber

selbst dann war alles noch abhängig von der Unterschrift meiner Eltern.

Diese

mussten der Hilfe für mich zustimmen und auch einen Teil, gemessen an ihrem

Einkommen, davon bezahlen. Im Endeffekt mussten sie von einem Familiengericht

zur Unterschrift gezwungen werden. Da zeigt sich bereits, dass der\_die

Jugendliche kaum als mündiges Individuum betrachtet wird, sondern eher als

Besitztum der Eltern. Auch, dass die Familie als Institution in konservative

Weise immer noch als „Keimzelle der Gesellschaft“ betrachtet wird, behindert

die Unterstützung der Jugendlichen, welche zuhause Gewalt erfahren.

Dadurch

bekommen die Eltern über einen langen Zeitraum hinweg immer wieder die Chance,

meist bei angemeldeten Hausbesuchen, den Schein zu wahren, dass doch alles in

Ordnung sei. Egal von welchen schlimmen Taten der\_die Jugendliche berichtet. Im

schlimmsten Fall wird nach harmlosen angemeldeten Hausbesuchen dann die

Intervention des Jugendamtes in der Familie beendet, der Fall zu den Akten gelegt und die Gewalttaten können wieder ungestört von statten gehen.

Eigentlich alle Jugendlichen, welche ich während meiner Zeit in der Jugendhilfe

kennengelernt habe, haben nicht nur eine, sondern mehrere Gewalttaten über

einen langen Zeitraum hinweg erlebt, auch trotz mehrfacher Interventionen des

Jugendamtes in diesen Familien.

Die Dunkelziffer an Familien,

in denen Jugendliche physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt sind, ist unglaublich hoch. Hinter der bürgerlichen Fassade der Friede-Freude-Eierkuchen-Familie tut sich für manche von uns die Hölle auf. Nur ein kleiner Teil der Betroffenen schafft es daraus zu entkommen. Wenn man dann das Glück hat, in die Jugendhilfe aufgenommen zu werden, ist man zwar vor dem Elternhaus weitestgehend geschützt, wird aber stattdessen mit anderen Schwierigkeiten konfrontiert. Die Einrichtungen der Jugendhilfen unterscheiden sich sowohl stark vom Konzept als auch vom konkreten Zustand. Sie werden nicht direkt vom Jugendamt kontrolliert oder unterhalten. Dies wird von sogenannten freien Trägern übernommen. Diese sind meistens non-profit Organisationen. Diese bekommen pro Kind oder Jugendliche\_r einen Betrag, um dessen Betreuung zu finanzieren. Davon werden dem\_der Jugendlichen auch gewisse Beträge, anhängig vom Alter und Jugendamt und Träger, als Taschengeld, Hygiene-, Guthaben-, Fahrkarten- und Bekleidungsgeld ausgezahlt. Hört sich erstmal gut an. Allerdings sind diese Beträge weniger als ausreichend. Von meinem Fahrkartengeld konnte ich höchstens einmal in der Woche in die Stadt fahren. Für weitere Fahrten ging dann mein Taschengeld drauf, welches auch der einzige Betrag ist, über den ich, ohne eine Abrechnung zu schreiben, verfügen durfte. Alkohol durfte ich davon trotz Volljährigkeit dennoch nicht kaufen. Über das wenige Geld, was man bekommt, kann man also nicht einmal frei verfügen. Aber nicht nur bei diesen Geldern wird gespart, was das Zeug hält: auch die Ausstattung der meisten Einrichtungen

ist

sehr heruntergekommen. Bei den wenigsten kann man da von einem Zuhause sprechen. Jegliche Ausgaben der Wohngruppe, ob Ausstattung oder Ausflüge, müssen bei dem Träger begründet und genehmigt werden.

Dieser hat auch bei allem anderen die Entscheidungsgewalt.

Er bestimmt, wer einziehen darf, welche Betreuer\_Innen angestellt oder gekündigt werden und welches Konzept in der Wohngruppe angewendet wird. Daraus

resultierte dann einige Male, dass Betreuer\_Innen eingestellt oder einfach nicht entlassen worden sind, nachdem alle Jugendliche sich gegen die Zusammenarbeit mit diesen ausgesprochen haben. Gründe dafür waren zum Beispiel,

dass der\_die Betreuer\_In handgreiflich geworden ist oder einfach ständig anfang, ungefragt über sexuelle Themen zu sprechen. Somit blieb uns Jugendlichen nichts anderes übrig als zu vermeiden, Zuhause zu sein, wenn der\_die Betreuer\_In Dienst hatte.

Sowie der Eintritt ist auch der Austritt aus der Jugendhilfe

mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Viele Jugendliche, welche diese Hilfe in

Anspruch nehmen, haben keine Eltern, die sie finanziell nach der Jugendhilfe unterstützen könnten. Somit müssen sie mit spätestens 21 Jahren ein geregeltes

Einkommen und ein paar Rücklagen haben, um Dinge wie eine Mietkaution oder eine

Erstausstattung zu finanzieren. Gelder für solche Dinge kann man zwar bei der

wirtschaftlichen Jugendhilfe beantragen, aber auch diese Beträge reichen nicht

aus. Selbst Geld anzusparen ist auch für Jugendliche mit einem Einkommen durch

eine Beschäftigung nicht möglich. Jugendliche, welche in der Jugendhilfe

landen, tragen meistens so krasse Lebensgeschichten mit sich rum, dass ein

reibungsloser Bildungsweg oder dem Nachkommen einer geregelten

Tätigkeit nicht

möglich sind. Selbst wenn man arbeiten geht, ist man verpflichtet, ab einem Freibetrag, welcher unter 200 Euro liegt und in das Taschengeld mit eingerechnet wird, 75% deines Einkommens an das Jugendamt zu zahlen.

Diese

Pflicht wird damit begründet, dass die Kosten für die eigene Betreuung ja sehr

hoch seien und auch irgendwie finanziert werden müssen. Du musst am Ende also

dafür bezahlen, was deine Eltern angerichtet haben und musst dir so die Chance

auf ein kleines finanzielles Puffer trotz harter Arbeit nehmen lassen. Dies

führte bei den Jugendlichen, welche ich kennengelernt habe, entweder dazu, dass

sie erst gar nicht arbeiten gegangen sind oder angefangen haben, Gelder zu hinterziehen. Jugendliche aus prekären Lagen werden durch die Hilfen also weiter prekariert.

Durch die momentane Corona- und Wirtschaftskrise hat sich

die Situation der Jugendlichen weiter verschärft. Sie dürfen keine Kontakte außerhalb der Wohngruppe mehr haben und müssen so ihre gesamte Zeit in der

Wohngruppe mit Betreuer\_Innen verbringen. Dies ist eine hohe psychische Belastung. Für viele sind ihre Wohngruppen kein Zuhause, sondern hauptsächlich

der Ort, an dem sie schlafen und essen. Ihre Freizeit verbringen sie

hauptsächlich mit vertrauten Personen aus ihren Freundeskreisen, welche sie in

der schweren Zeit in der Jugendhilfe begleiten. Zudem gibt es in den meisten Wohngruppen kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch unter den Einschränkungen,

die ihrer Betreuer\_Innen erfahren, leiden die Jugendlichen. Diese dürfen selbst

keine sozialen Kontakte außerhalb der Wohngruppe pflegen und haben aufgrund der

Corona Auflagen viel mehr zu tun bei gleichbleibendem Gehalt. Hinzu kommt noch das ohnehin schon erhöhte Arbeitsaufkommen durch Ausfall von Kolleg\_Innen aus Risikogruppen. Durch diese hohe Arbeitsbelastung ist viel weniger Zeit, um sich mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen und der Stress steigert sich täglich. Dies bekommen am Ende die Jugendlichen dadurch zu spüren, dass ihre Betreuer\_Innen so viel mit sich zu tun haben, dass sie nicht mehr in der Lage sind, die Jugendlichen angemessen zu betreuen. So kam es in den letzten Monaten meines Aufenthaltes dort zu massiven Auseinandersetzungen und der Tatsache, dass ich meinen Auszug allein planen musste.

Ich habe am eigenen Leib erfahren, dass die bestehenden Betreuungskonzepte bei Weitem nicht ausreicht, um Jugendlichen die Unterstützung zu bieten, welche sie brauchen und verdienen. Es müssen viel mehr Mittel für die Zukunft dieser Menschen zur Verfügung gestellt werden, damit sie die Chance haben, sich ein eigenständiges Leben unabhängig von ihren Eltern aufzubauen und die Benachteiligung aufgrund ihrer Familiengeschichte überwinden können. Statt dem Trägersystem braucht es gut finanzierte staatliche Einrichtungen unter vollster demokratischer Kontrolle durch die betroffenen Jugendlichen, Pädagog\_Innen und Organisationen der Arbeiter\_Innenklasse. Diese Rätestrukturen müssen auch das repressive Jugendamt ersetzen, dessen Aufgabe es ist, die Erziehungs- und Rechtsvorstellungen eines patriarchalen kapitalistischen Nationalstaates Namens Deutschland durchzusetzen, ob für

oder  
gegen den Willen der Kinder und Jugendlichen. Wir fordern stattdessen  
vollste  
Mitspracherechte für uns darüber, wo wir mit wem wie wohnen wollen.  
Außerdem  
müssen die Hierarchien durchbrochen werden. Jugendliche sind mündige  
Menschen, die  
selber am besten einschätzen können, ob sie mit ihrer Familie  
zusammenleben  
oder mit welcher\_m Betreuer\_In sie zusammenarbeiten können. Zudem  
müssen  
Familien antastbar sein, damit sie keinen Schutzraum für Gewalttaten  
darstellen. Jugendliche sind nicht der Besitz ihrer Eltern, sondern  
eigenständige Menschen!

- Frühere rechtliche  
Gleichstellung von Jugendlichen, angepasst an die Situation der  
jeweiligen  
Länder!
- Für das Recht auf gegenständliches  
Eigentum und die eigenständige Verfügung darüber für Jugendliche!
- Für den Ausbau von  
Schutzräumen für Kinder und Jugendliche! Niemand soll bei seiner  
Familie  
bleiben müssen, wer das nicht möchte!
- Für selbstverwaltete  
Freiräume für Jugendliche, den massiven Ausbau von unabhängigen  
Jugendzentren und kostenloser Zugang zu einem  
ausgebauten Freizeit- und Kulturangebot für Jugendliche bezahlt  
durch die  
Besteuerung der Reichen!
- Für ein bedingungsloses  
Mindesteinkommen für Jugendliche, das uns ein unabhängigeres  
Leben ermöglicht.  
Bezahlt durch die höhere Besteuerung der Reichen!

- Massives staatliches Investitionsprogramm in Jugendbetreuung, Soziale Arbeit und Bildung! Bezahlt durch die Bestreuerung des Kapitals und kontrolliert durch die Arbeiter\_Innenbewegung!
- 

# Wie kann ich den #Schulboykott an meiner Schule organisieren?

Das Virus ist lange nicht besiegt, aber die Schulen werden wieder geöffnet, damit die Eltern wieder Mehrwert für das Kapital erwirtschaften können. Du findest das unverantwortlich und scheiße? Wir auch. Du weißt aber, dass es Stress gibt, wenn du einfach so zu Hause bleibst und das allein auch kaum etwas bringt? Wir auch. Du fragst dich, was du tun musst, damit du einen erfolgreichen Boykott an deine Schule tragen kannst? Das wollen wir hier beantworten.

## **Schritt 0: Erstmal in die Schule gehen.**

Klingt paradox, ist auch nicht immer notwendig, aber: Wenn du noch alleine bist, höchstens ein, zwei Freund\_Innen hast, die dabei wären, dann solltet ihr vielleicht doch in den ersten Tagen noch einmal in die Schule gehen. Denn ihr müsst Leute um euch sammeln! Führt in den Pausen Diskussionen, findet raus was die anderen

ankotzt,  
überzeugt sie mitzumachen.

### **Schritt 1: Kompliz\_innen finden, Aufmerksamkeit erregen.**

Individuell und  
vereinzelt ist kaum jemand weit gekommen. Um euch zu vernetzen und  
kollektiv zu  
organisieren, solltet ihr ein Streikkomitee an eurer Schule gründen. Darin  
könnt ihr eure weiteren Aktivitäten demokratisch planen. Aktivitätsformen  
gibt  
es dann viele: Ihr könnt ein Transpi dropen, Plakate kleben, Flyer fliegen  
lassen, ihr könnt mit Sprühkreide o.ä. auf euch aufmerksam machen. Ihr  
könnt  
einen offenen Brief an den Senat oder an die Schüler\_Innenvertretung  
schicken.  
Es kann ebenso lohnen, sich an die Presse zu wenden. Man kann eine  
Presseerklärung schreiben oder Interviews führen, es gibt auch linkere  
Tageszeitungen  
wie die „Junge Welt“ oder „Neues Deutschland“, die sich vielleicht schneller  
interessieren lassen. Checkt auch aus, was es online für Möglichkeiten gibt:  
Welche Telegram-Gruppen existieren an der Schule? Sind alle auf Instagram  
unterwegs? Gibt es eine Schulseite, an die man etwas posten kann und alle  
kriegen es mit? Beschränkt euch aber nicht nur auf das Internet, denn die  
Leute  
müssen auch wissen, dass es euch um praktische Maßnahmen geht.

### **Schritt 2: Vernetzen!**

Erst einmal: Ihr seid  
nicht die einzige Schule in eurem Ort, wahrscheinlich gibt's hunderte mehr,  
an  
denen überall das gleiche Problem besteht. Nehmt Kontakt auf, streikt  
gemeinsam, dann seid ihr auch hundertmal mehr auf der Straße.

Als Schüler\_Innen sind wir aber auch nicht die einzigen, die von der verfrühten Schulöffnung betroffen sind. Insbesondere die Gesundheit der Lehrer\_Innen, aber auch von Eltern, Großeltern, generell von allen wird aufs Spiel gesetzt, wenn sich das Virus wieder schneller ausbreitet. Holen wir sie also in den Kampf dazu. In der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) sind viele Lehrer\_Innen gewerkschaftlich organisiert, auf diese Weise kann man sie also kollektiv ansprechen. Auch andere Gewerkschaften wie ver.di oder der DGB sind gute Adressatinnen wie auch die politischen Parteien, die darin dominieren, also SPD und Linkspartei. Vergesst aber nicht, dass alle davon einer verräterischen Leitung unterstehen, die schon oft genug unsere Interessen und die ihrer eigenen Basis in den Wind geworfen haben. Immerhin haben wir die Schulöffnung selbst zu einem großen Teil der SPD-Führung zu verdanken.

### **Schritt 3: Streik!**

Es ist wichtig, dass ihr dem Streik ein Programm gebt und eure Aktion um konkrete Forderungen herum mobilisiert. Was genau sind die Verbesserungen, die ihr wollt? Und wie könnte man diese umsetzen?

Dabei wird auch eine andere Sache immer notwendiger in dieser Zeit: Klare Kante gegen Rechts! Organisiert euch um einen antirassistischen und antisexistischen Konsens!

Sobald ihr eine kritische Masse habt, heißt es Streik! Bedenkt, dass der Streik selbst auch eine Zugkraft

entwickeln kann. Vielleicht fangt ihr also auch schon mit einer kleineren Zahl an und begeistert die anderen, indem ihr ihnen beweist, dass es euch ernst ist, und dass so ein Boykott tatsächlich machbar ist. Zwar sind Massendemonstrationen derzeit schwierig, kleinere Kundgebungen kann man aber in den meisten Bundesländern anmelden, wenn ihr genug seid, dann macht halt mehrere.

### **Klingt anstrengend?**

Kann es auch sein. Aber es ist schaffbar und man kann damit gewinnen, das hat die Geschichte schon oft genug bewiesen. Falls ihr Unterstützung oder noch weitere Tipps braucht, dann meldet euch bei uns. Wir werden auch in einigen Städten wie Berlin oder Dresden selbst etwas an den Schulen organisieren.

---

# **Vom Schulboykott zum politischen Streik**

Kaum erholt sich die Rate an Neuinfektionen mit dem Corona Virus, fordern Unternehmer\_Innen und Politiker\_Innen schon wieder die „Rückkehr zur Normalität“. Konkret bedeutet das: Wir sollen uns wieder in die uns aufgezwungenen gesellschaftlichen Tätigkeiten, zurück in die Schule, zurück an den Arbeitsplatz, zurück in den Prozess der Verwertung begeben. Dass gerade jetzt die Aneignung von Mehrwert wieder mal gegenüber dem Wohle Aller und

insbesondere gegen das Wohl von Schüler\_Innen, Arbeiter\_Innen, Student\_Innen und Arbeitslosen überwiegt, müssen wir nicht hinnehmen, im Gegenteil, wir müssen dagegen kämpfen.

Der Schulboykott ist dafür ein erstes Mittel. Selbst wenn uns gedroht werden sollte, dass wir nicht versetzt werden, ist es notwendig Widerstand zu organisieren. Dabei treffen Staat und Unternehmen diejenigen Aktionen am härtesten, die sie in an ihrer Existenzgrundlage treffen: der Ausbeutung von Arbeitskraft und der Aneignung von Mehrwert. Wie auch die im Bezug auf die ökologische Katastrophe gewinnt die Forderung nach politischen Streiks, also Streiks die sich in Deutschland außerhalb des Rahmens des Streikrechts befinden, immer mehr an Bedeutung.

### **Politische Streiks!**

Unser Schulboykott muss die Forderung nach politischen Streiks aufwerfen und in die Bevölkerung tragen. Wir müssen Mitstreiter\_Innen gewinnen, die sich in Solidarität mit unserem Boykott selbst in den Streik begeben. Dabei müssen wir aktiv auf Lehrer\_Innen und Erzieher\_Innen in der GEW, auf Arbeiter\_Innen in Handel und Industrie zugehen und sie davon überzeugen, dass wir zusammen gegen die Maßnahmen der Regierung, die unterm Strich den Unternehmen und Kapitaist\_Innen, nicht aber den Arbeiter\_Innen helfen, kämpfen müssen. Dabei wählen wir unsere Verbündeten nicht zufällig. Der nachhaltige und umfassende Kampf gegen die Corona-Pandemie liegt im gemeinsamen Interesse von Arbeiter\_Innen und Schüler\_Innen. Weder wollen wir die gesundheitlichen Konsequenzen einer verfrühten Lockerung von Schutzmaßnahmen tragen, noch die Kosten

der

Krisenbewältigung aus den eigenen Taschen bezahlen.

Kurzarbeiter\_Innengeld und

staatliche Zuschüsse für die große Industrie (von Autobauern bis zur Luftfahrt)

werden aus staatlichen Mitteln und Kassen bezahlt, die im Nachhinein von uns Jugendlichen

und Arbeiter\_Innen wieder gefüllt werden müssen.

### **Kämpfe verbinden**

Die auf Corona folgende wirtschaftliche Krise müssen wir zum

Anlass nehmen, eine Antikrisenpolitik zu fordern, die sich entschlossen gegen

den Kapitalismus stellt. Die Rezession und die zu erwartenden Einbrüche im Umsatz in der Autoindustrie und den Zuliefererketten heben die Notwendigkeit,

die Produktion zu verstaatlichen und unter Kontrolle von Beschäftigten ökologisch

umzugestalten, weiter hervor. Der damit einhergehende Wandel in der gesamten

Logistikbranche so wie im privaten Nah- und Fernverkehr kann nur im Staatseigentum, demokratisch von Arbeiter\_Innen und Nutzer\_Innen geplant, und

aus den unerschöpflichen Vorräten der Kapitalist\_Innen bezahlt werden. Solche

Konzepte, von einer entschlossenen kämpfenden Bewegung hervorgebracht, können

einen starken Pol gegen das Krisenmanagement und die Politik der Bundesregierung, aber auch gegen die rechten Verschwörungsdemos, die überall

wie Pilze aus dem Boden sprießen, bilden. Eine rechte Bewegung kann sich immer

dann formieren, wenn die Antworten von links diffus sind oder ausbleiben.

Um

den Spinner\_Innenn um Fernsehkoch Attila Hildmann, Moderator Ken Jebsen und Musiker Xavier Naidoo und Co. die ideologische Grundlage zu entziehen, müssen wir die berechtigten Sorgen und Zukunftsängste, die die Gesellschaft infiziert haben, in den Willen und den Mut zum Kampf gegen Krise und Kapitalismus umwandeln. Darüber hinaus muss unsere Bewegung dazu in der Lage sein, internationale Solidarität praktisch werden zu lassen. Streiks und Proteste mit dem Ziel alle Geflüchtetenlager in und um Europa sofort zu schließen und alle Geflüchteten unter Vergabe von vollen Staatsbürger\_Innenrechten aufzunehmen, müssen unmittelbar stattfinden.

Warum sollen wir schon wieder zur Arbeit gehen wenn der Kampf gegen das Virus noch lange nicht gewonnen ist?

Warum sollen wir hinnehmen, dass unsere Sozialkassen für den „Erhalt von Arbeitsplätzen“ im heiligen Standort Deutschland geplündert werden, während Aktionäre weiter fette Dividenden ausgeschüttet bekommen?

Warum sollen wir Gesundheit Leib und Leben aufs Spiel setzen, um die Auswirkungen von Corona auf die Wirtschaft abzumildern?

Warum sollen Kaufprämien zum Erwerb von Dreckschleudern, aka Autos, ausgeschüttet werden, anstatt den Leuten einfach direkt das Geld zu geben und die Produktion von Autos auf die Produktion von umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln umzugestalten?

Weil wir in einer Klassengesellschaft leben, in der die Interessen des Proletariats den Interessen der Kapitalist\_Innen untergeordnet werden. Dagegen wollen wir aktiv werden!

Unser Schulboykott kann ein erster Schritt sein.  
Gleichzeitig müssen wir versuchen, Anschluss an die existierenden Proteste zu gewinnen. Die Verbindung des Boykotts mit Aktionen der GEW und gemeinsame Aktionen gegen die rechten Hygienespinner\_Innen müssen folgen. Dabei müssen wir auf die unhaltbaren Bedingungen in Pflege und Krankenhäusern hinweisen, die es den Angestellten, wie auch Patient\_Innen verunmöglichen, sich vor dem Virus zu schützen. Sei es weil Desinfektionsmittel und Masken fehlen, sei es weil die Betreuungsschlüssel so unterirdisch sind, dass es nicht möglich ist, mehr Zeit in den Infektionsschutz und weniger Zeit in jeden einzelnen Patienten zu investieren oder weil viel zu wenig Geld in die Reinigung und Wartung der entsprechenden Einrichtungen gesteckt wird. Auf dem Boden von Unterfinanzierung, Unterbesetzung und Stress kann sich ein Virus einfacher ausbreiten. Das Mittel dagegen heißt Arbeitskampf.

### **Boykottiere deine Schule!**

Wir lassen uns nicht von Rechten instrumentalisieren, wir kämpfen gemeinsam auf antifaschistischer Grundlage, nicht zuletzt gegen den Rechtsruck!

Gegen die Vorzeitige Öffnung von Wirtschaft und Bildung nach der Pandemie!

Stopp der massenhaften Kurzarbeit, lasst Unternehmen und Kapitalist\_Innen für die Ausfälle in ihrer Produktion selbst aufkommen!

Für volle Löhne! 60 Prozent reichen einfach nicht aus, wenn Mieten teilweise schon 50 % der verfügbaren Einkommen schlucken!

Für das Recht auf politischen Streik!

Für eine klassenkämpferische Antikrisenbewegung statt nationalistischem Geschmuse mit dem Kapital!

---

## **Was ist die Future von Fridays for Future?**

Wir haben alle mitbekommen, dass seit die Corona-Zeiten angefangen haben, nicht mehr so besonders viel in FFF passiert ist, alles was geplant war musste ja auch abgesagt werden. Doch seien wir ehrlich: Auch vorher standen wir schon vor tiefgreifenden Problemen, deren Lösung nicht gerade an der Tür geklopft hat. Viele Aktivist\_Innen waren erschöpft und ausgelaugt. Frustration und Desillusioniertheit haben sich in der Bewegung breit gemacht. Kein Wunder, denn so viel getane Arbeit, so viel erlittenen Repression haben uns nur ein paar Babyschritte weitergebracht. Die alte Idee mit NGOs und Grünen zusammen die Regierung zu besserer Klimapolitik zu bewegen ist -wer hätte es gedacht- wieder nicht aufgegangen. Eine Strategiedebatte sollte stattfinden, ist dann aber auch unter den Corona-Zug geraten.

Niemand wird bestreiten, dass wir aus unseren Fehlern lernen und etwas ändern müssen, wenn die Bewegung nicht nach und nach in Stücke zerfallen soll. Denn Aufmerksamkeit ist zwar erreicht worden, aber wenn wir an der Klimapakete der Bundesregierung denken, reicht das offensichtlich. Wir müssen die Vorstellung vom grünen Kapitalismus über Bord werfen, wir brauchen konsequenten Umweltschutz statt immer neuen Kompromissen mit der Kohlelobby. Denn besonders in Krisenzeiten -wie die kommende Wirtschaftskrise, die sich langsam anbahnt- wird die „grüne“ Produktion teurer und unattraktiver für die Kapitalist\_Innen. Außerdem werden Konzerne gerettet, die Profite einbringen wie wir es gerade am Beispiel der Autoindustrie oder Reisekonzerne sehen. Statt Appellen an den Staat müssen wir also anfangen uns selbst als Bezugspunkt zu setzen für die Veränderung,

die wir brauchen.

Wir, die Menschen, die von den Krisen dieser Gesellschaft betroffen sind, müssen zu der gesellschaftlichen Kraft werden, die entscheidet wie die Produktion, wie die Gesellschaft aufgebaut ist. Um dahin zu kommen, brauchen wir konkrete Forderungen:

Verbesserungen statt Verbote! Die Konzerne sollen selber für den Klimawandel zahlen, den sie verursacht haben. Für die Bevölkerung keine höheren oder indirekte Steuern, sondern kostenlosen Nahverkehr! Keine EEG zahlen, sondern kostenlosen Ökostrom!

Produktion, Energiewende und Verkehr müssen demokratisch durch Produzent\_Innen und Verbraucher\_Innen kontrolliert werden anstatt sich an dem Profit auszurichten, der dabei rumkommt! Niemand soll einfach so entlassen werden, stattdessen bedarf es einer Umstellung der Produktion, kostenlose Umschulung, sowie einen gemeinsamen Tarifvertrag für Alle, die in der Energiebranche arbeiten! Klimagerechtigkeit funktioniert nur international! Anerkennung der Klimakrise als Fluchtgrund, offene Grenzen und volle Staatsbürger\_Innenrechte für Alle! Außerdem sollen die Konzerne, die ihre Produktion auslagern und woanders die Umwelt zerstören zahlen!

Baut Komitees auf in euren Schulen, Unis und Betrieben! Wenn sie nicht heraus auf die Straße kommen, bringen wir die Themen zu ihnen. Diese Komitees müssen außerdem über zentrale Forderungen und Ausrichtungen der Bewegung abstimmen! Nur so können wir demokratisch, gemeinsam und transparent die Zukunft entscheiden!

Mit der kommenden Wirtschaftskrise, deren Auslöser die Pandemie ist, rollt nun neben der Klimakrise eine weitere Krise auf uns zu. Abwrackprämie und Milliarden für die Automobilindustrie, Datteln soll eröffnet werden und Stellenstreichungen bei der Bahn: Unter dem Vorwand „die Wirtschaft zu retten“ werden die kleinen Fortschritte, die wir uns in den letzten Jahren erkämpft haben wieder rückgängig gemacht. Unter dem selben Vorwand werden auch die Infektionsschutzmaßnahmen aufgelockert und dabei eine unnötig schwere 2. Welle in Kauf genommen. Für den Profit werden wir wieder in die Schule geschickt, obwohl sie einen der Hauptinfektionsherde

darstellt.

Den Kampf dagegen können wir nicht führen ohne die Gewerkschaften. Diese haben so ein mächtiges Mobilisierungspotential, wenn sie nur wollen und objektiv haben sie das gleichen Interesse wie wir: Nicht für diese Krise zahlen! Zusammen müssen wir eine internationale Antikrisenbewegung aufbauen. 2019 waren wie so oft in der Geschichte wir, die Jugendlichen, wiederum diejenigen, die vorgeprescht sind. Heute liegt es immernoch an uns!

---

# Aufruf zum Schulstreik gegen die Öffnung der Schulen!

in Unterstützung des #Schulboykott

Am 14. Mai (14.05.) 2020 um 10 Uhr, also nächste Woche Donnerstag, rufen die internationalistische, kommunistische Jugendorganisation **REVOLUTION** und die antikapitalistische Schulgruppe „**Lessing Wird Politisch**“ auf, gemeinsam gegen die Schulöffnungen vor der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (am Alexanderplatz) auf die Straße zu gehen.

Die frühzeitige Öffnung der Schulen ist ein **unverantwortlicher** Akt, der die Gesundheit von unzähligen **riskiert** und eine zweite Welle der Pandemie provoziert. Auch wenn die Chancen-ungleichheit des E-Learnings in den Vordergrund gestellt wurde, machen der überhastete Beschluss und die Durchführung klar, dass durch diese Entscheidung ein **rein wirtschaftliches Interesse** erfüllt wird. Die Schüler\_Innen der Abschlussklassen sollen um jeden Preis ihre Prüfungen bewältigen um dem Arbeitsmarkt zu Verfügung

zu

stehen. Gleichzeitig können mehr Eltern protestlos die Arbeit wieder aufnehmen,

desto mehr Schüler\_Innen in die Schule zurückgeschickt werden. Dabei werden die

**Warnungen** seitens Virolog\_Innen in den Wind geschlagen und **Sicherheitsmaßnahmen**

nicht zureichend umgesetzt. Wir müssen diese Entscheidung auch im Zeichen der **kommenden**

**Wirtschaftskrise** sehen, als eine in einer Reihe von vielen Entscheidungen, die erneut die Schicksale tausender der Rettung der Wirtschaft und damit dem

Interesse einiger Weniger, opfern. Generell und schon gar nicht dafür wollen wir Schüler\_Innen in die Schule gehen und krank werden, nur um das Virus dann

erneut in der Gesellschaft zu verbreiten, unsere Liebsten **anzustecken** oder selbst krank zu werden. Wir möchten nicht für eine zweite Welle des Virus

mit **verantwortlich** sein. Statt uns einfach zurück in die Schule zu schicken sollte zusammen mit Schüler\_innen und Lehrkräften das E-Learning besser ausgebaut werden - zukünftig und auch heute sollte uns **mehr Mitsprache** im Lehrplan, der Unterrichtsgestaltung und natürlich bei wichtigen Themen wie der Schulöffnung während einer Pandemie gegeben werden.

Außerdem muss allen Schüler\_Innen der Zugang zu lehr- und technischen Mitteln

garantiert werden, um sich in vollem Umfang am Unterricht daheim oder in der

Schule zu beteiligen.

Deswegen ist unsere Antwort **Streik** - denn nur mit einem Streik können wir den Druck aufbauen, den es braucht um diese Entscheidung zu kippen und Forderungen für einen besseren Schulalltag während

und nach der Pandemie durchzusetzen. Der Schulboykott setzt dabei einen

guten

Anfang, doch braucht es für den nötigen Druck die Mithilfe der arbeitenden Bevölkerung, eben die Ausweitung zu einem Streik.

Daher fordern wir:

- die Rücknahme der überhasteten Schulwiedereröffnung. Die Gewerkschaft GEW, Vertreter\_Innen der Lehrer\_Innen, Schüler\_Innen, Eltern unter Beratung von Virolog\_Innen - nicht Schulbehörden, Staat oder sog. „Expert\_Innen“ müssen darüber entscheiden, wann die Schulen eröffnet werden oder nicht.
- die Ausstattung aller Schüler\_Innen mit kostenlosen digitalen Endgeräten um die individuelle Teilnahme an den E-learningangeboten zu gewährleisten, sowie kostenloser Internetzugang.
- die freiwillige Versetzung aller Schüler\_Innen in die nächsthöhere Klassenstufe.
- Absage aller Abschlussprüfungen an allen Schultypen und Anerkennung des Abschlusses für alle Schulabgänger\_Innen (Abitur, andere Abschlussprüfungen). Abschaffung des Numerus Clausus (NC) an den Universitäten und freier Zugang zur Uni für alle AbgängerInnen.
- freiwillige Nachhilfe und Unterricht in Kleingruppen, für leistungsschwächere Schüler\_Innen, oder solche, die das Gefühl haben nicht gut mitzukommen.

Also schließt euch uns am

Donnerstag, den **14.05.2020** um **10 Uhr** vor der **Senatsverwaltung** für Bildung, Jugend und Familie zu einer Kundgebung an.

Bernhard-Weiß-Straße 6

(am Alexanderplatz)

Liebe Grüße und wir freuen uns darauf euch mit uns auf der Straße zu sehen!

REVOLUTION und Lessing Wird Politisch

---

## **Fulda: REVO vor Ort!**

### **Fulda: Schulleitung macht Druck auf linke Schüler\_Innen**

Im Zuge der Bewerbung einer Veranstaltung zu den Strategien der Umweltbewegung, waren Mitglieder unserer Fuldaer Ortsgruppe an ihren Schulen aktiv, um mit einem Flyer Mitschüler\_Innen für die Umweltproblematik zu sensibilisieren.

In diesem Flyer argumentieren wir, dass es kein Zufall ist, dass die Regierungen trotz alarmierender wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht fähig und nicht willens sind ihre Politik zu ändern. Sie stehen stellvertretend für eine kapitalistische Gesellschaftsordnung, in welcher letztlich alles den Profitinteressen der Wirtschaft untergeordnet wird - auch der Umweltschutz, denn dieser kostet Geld. Nachhaltigkeit und Kapitalismus sind zwei unvereinbare Widersprüche. Deshalb treten wir für eine sozialistische Gesellschaft ein, in der sich die Wirtschaft an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert und auch von diesen demokratisch und nachhaltig geplant wird.

Diese Forderung reichte an einer Schule aus, um für Wirbel zu sorgen. Ein Vater bekam den Flyer von seinem Sohn gezeigt und alarmierte umgehend

die Schulleitung. Von dieser forderte er Maßnahmen und sogar ein Eingreifen der Sicherheitsbehörden, da die Überwindung des Kapitalismus gegen die „freiheitlich-demokratische“ Grundordnung verstößt. Die Schulleitung reagierte mit einer Mail an den Elternbeirat, das staatliche Schulamt und den Beauftragten für Extremismusprävention. Nun soll der Verfassungsschutz an die Schule kommen und über „Linksextremismus“ aufklären.

Dabei

muss man sich vor Augen führen: In Hessen sind in letzter Zeit mehrere Nazi-Netzwerke bei der Polizei aufgefliegen. Weiter gab es zwei faschistische Terroranschläge. Mit dem NSU gab es 2006 noch einen dritten. Durch Hessen zieht sich eine Blutspur des rechten Terrors. Kam da mal jemand auf die Idee an Schulen darüber aufzuklären? Fehlanzeige. Und jetzt setzen sich Schüler\_Innen für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft jenseits des Kapitalismus ein und der Verfassungsschutz soll kommen!? Geht's noch!?

Wir

lassen uns von Schulleitungen und Eltern, die im Kampf für eine gerechte und nachhaltige Welt ein Problem sehen, sicher nicht einschüchtern und werden auch weiterhin an unseren Schulen aktiv sein für die Überwindung des Kapitalismus!

---

# **Dresden: REVO vor Ort!**

**Dresden: Schulgruppen in Aktion**

**von Alys**

Das erste Treffen eurer eigenen

Schulgruppe wurde erfolgreich durchgeführt und jetzt muss eine erste Aktion her? So ging es auch uns im Gymnasium Dresden Klotzsche. Die ersten Treffen hatten wir bereits durchgeführt und uns einen Überblick über Probleme und Themen an der Schule gemacht. Klimaschutz stand zu der Zeit im Mittelpunkt der Diskussionen vieler Schüler\_Innen. Damit ist es also eine prima Möglichkeit möglichst viele Menschen anzusprechen und für eine Diskussion zu begeistern. Doch was kann man an einer Schule dahingehend verändern? Am besten etwas, womit alle Schüler\_Innen täglich konfrontiert sind?

Schnell fiel unser Augenmerk auf das Mittagessen. Wenn man mittags etwas Warmes essen möchte, kommt man nicht drumherum sich ein Menü vom Essensanbieter zu bestellen. Natürlich gibt es da jeden Tag auch Fleisch zu essen. – aus Sicht des Klimaschutzes ist das problematisch, da 18 Prozent der Treibhausgase von der Fleischindustrie verursacht werden. Dazu kommt, dass das von Rindern erzeugte Methan die Erdatmosphäre 20 Mal schneller als Kohlendioxid erwärmt. Außerdem erhöht übermäßiger Fleischkonsum die Cholesterinwerte, was wiederum das Risiko für Schlaganfälle, Diabetes Typ 2 und verschiedene Krebsarten steigert. Wir lehnen den Fleischkonsum natürlich nicht prinzipiell ab. Dennoch ist es mit der momentanen Lage des Klimas, als auch der gesundheitsschädlichen und grausamen Massentierhaltung, wahrscheinlich mehr als nötig diesen einzuschränken. Fleisch aus z.B. biologischer Landhaltung ist für die meisten viel zu teuer und wird sowieso nicht an Schulen angeboten. Es ist zwar kein revolutionärer Ansatz auf privaten Konsumverzicht zu setzen, aber solange die Produktion noch nicht demokratisch in Arbeiter\_Innenhand liegt, ist die Schule ein Ansatzpunkt für Schüler\_Innen sich für ihre Interessen einzusetzen. Täglicher Fleischkonsum schadet Mensch, Tier und Umwelt. Es gibt an Schulen noch keine ausreichende Aufklärung über diese Themen, deshalb sollte es wenigstens die gleiche Auswahl an Fleischgerichten und vegetarischem Essen geben.

Eigentlich sieht es an unserer Schule dahingehend schon ganz gut aus. Es gibt immer ein Gericht mit Fleisch, ein Vegetarisches und einmal Nudeln. Doch da liegt auch das Problem: Die Soße zu den Nudeln enthält meistens Fleisch. Zum Beispiel in Form von Jagdwurst oder Bolognese. Zudem ist das vegetarische Gericht meistens süß, dann gibt es zum Beispiel in einer Woche Hefeklöße, Kaiserschmarrn und Puddingsuppe. Das mag nicht jede\_r und an solchen Tagen gibt es keine Ausweichmöglichkeit für Vegetarier\_innen oder Schüler\_innen, die keine Lust auf Fleisch haben.

Sehr gut lässt sich das Interesse der Schüler\_innen an mehr vegetarischem Essen in einer Unterschriftenliste darstellen. Die Hemmschwelle zu unterschreiben ist relativ niedrig und sollte unsere Forderung abgelehnt werden, wird klar wie viel Mitspracherecht Schüler\_innen wirklich haben und andere lassen sich schneller zu radikalen Kampfformen überzeugen. So haben wir es dann auch gemacht: Einen Petitionstext verfasst und Listen ausgedruckt. Zusätzlich mit kleinen Flyern über unsere Gruppe bewaffnet, haben wir zuerst Schüler\_innen in ihren Klassen und später während der Pause in der Mensa angesprochen. Einige haben ohne zu fragen unterschrieben, aber es sind auch viele Diskussionen entstanden. Generell wurde das Thema gut angenommen und wir kamen prima in Kontakt mit interessierten Schüler\_innen. Sogar einige Lehrer\_innen haben unterschrieben.

Bis jetzt konnten wir schon 214 Unterschriften sammeln, aber das ist wahrscheinlich noch nicht das Maximum. Deshalb werden wir nach der Coronapause weitermachen und die Listen zum Schluss den Schulleiter\_innen vorlegen. Was am Ende dabei herauskommt wissen wir noch nicht. Petitionen führen an Schulen (und auch generell) zwar selten zu ihrem Ziel, aber das ist erstens kein Argument es nicht trotzdem zu versuchen und zweitens konnten wir so

erst einmal ausmachen,  
wer interessiert ist und auch durch die Diskussionen zum Nachdenken  
anregen. Zum Beispiel haben die Schüler\_Innen dann beim Essen weiter  
mit ihren Freund\_Innen darüber geredet etc., und das ist für den  
Anfang auch schon mal was.

Jetzt in der Coronazeit können wir  
vorerst keine weiteren Unterschriften sammeln. Allerdings liefert sie  
uns auch ein neues aktuelles Argument, denn Massentierhaltungen und  
Fleischindustrie erhöhen sehr wahrscheinlich die Gefahr von  
Pandemien wie das Coronavirus, die Schweinegrippe, die Vogelgrippe,  
SARS, AIDS oder Ebola. In der Zukunft wollen wir auf jeden Fall mehr  
Teilnehmer\_Innen für unsere Treffen gewinnen und natürlich noch  
mehr Aktionen planen.

Also bleibt dran und organisiert euch an euren Schulen! Und keine Angst, wir  
haben es auch zu zweit schon bis hierhin geschafft.

---

# **Prüfungsstopp** **sonst** **Schulboykott!**

Wenn wir uns mit  
unseren Freund\_Innen an der frischen Luft im Park treffen, um mal aus  
der engen Wohnung rauszukommen und zu quatschen, haben wir in 10  
Minuten die Bullen an der Backe, weil das aus  
„infektionsschutzrechtlichen Gründen“ verboten ist. Ab nächster  
Woche sollen aber nun die Schulen wieder aufgemacht werden? Ohne uns!

Es gibt kaum einen  
Ort in der Gesellschaft, an dem Viren in so krassem Ausmaß  
verbreitet werden wie die Schule. Und ganz ehrlich: wer schon einmal

in seinem Leben auf einem Schulklo war weiß, dass die nötigen Hygienebedingungen in Schulen nicht umsetzbar sind, von 1,5 m Mindestabstand ganz zu schweigen. Viele Virolog\_Innen haben sich deshalb gegen die Schulöffnungen ausgesprochen. Außerdem gibt es kein einheitliches Konzept für den Wiedereinstieg in den Schulbetrieb und jedes Bundesland kocht seine eigene Suppe. Dass jedoch Wirtschaftsverbände, neoliberale Forschungsinstitute und Politiker\_Innen so auf eine Wiedereröffnung der Schulen drängen, zeigt nur wieder einmal, dass es in diesem System um Profite und nicht um unsere Gesundheit geht. Die Bosse wollen, dass unsere Eltern wieder zur Arbeit gehen und wir noch schnell Schulabschlüsse reingedrückt bekommen, damit wir auch schnell in den kapitalistischen Verwertungsprozess eingegliedert werden können. Dabei ist es ihnen egal, dass diese Maßnahmen höchstwahrscheinlich eine erneute Welle der Neuinfektionen mit dem Corona-Virus auslösen werden. **Wir fordern die Schließung der Schulen mindestens bis zum Sommer und höchstens so lange, wie es zur Bekämpfung der Corona-Pandemie nötig ist!**

Das Schuljahr geht eh nur noch wenige Monate, welche Lerninhalte sollen wir da eigentlich noch sinnvoll bearbeiten? Ums Lernen geht es hier also nicht, sondern darum, uns noch schnell unter massivem Stress viele Prüfungen reinzuwürgen damit wir Abschlussnoten bekommen. Da Bildung im Kapitalismus vor allem die Funktion hat, uns durch Autorität, Konkurrenz und verwertbares Wissen in einen Arbeitsmarkt reinzupressen und dementsprechend vorzuselektieren, sind die Abschlussnoten in diesem System unerlässlich. **Wir fordern die Aussetzung aller Prüfungen und Klassenarbeiten in diesem Schuljahr und Versetzungen für alle! Keine\_r bleibt wegen Corona sitzen! Alle Abgangsklassen, ob Hauptschule, Realschule, Berufsschule oder Gymnasium sollen einen Schulabschluss bekommen. An den Unis müssen die NCs ausgesetzt werden.**

Dabei geht es uns nicht darum, dass wir zu faul zum Lernen sind sondern, dass wir gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Das E-Learning muss zu Hause weitergehen, allerdings nicht so wie bisher: Wie selbstverständlich wurde vorausgesetzt, dass wir die nötige Hardware, also einen eigenen Computer und Drucker samt Zubehör zu Hause haben. Auch nicht jede\_r von uns hat ein eigenes Zimmer und zu Hause die nötige Ruhe zum Lernen. Während einige von uns Eltern haben, die selber studiert haben, fließend Deutsch sprechen und ihre Kinder während des Homeoffice gut bei den Aufgaben unterstützen können, haben andere von uns Eltern, die vielleicht eine andere Muttersprache oder eine andere Schulbildung erfahren haben und alleinerziehend sind oder täglich für wenig Geld im Supermarkt oder Krankenhaus arbeiten müssen. **Wer keinen eigenen Computer hat, muss einen von der Stadt kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen!**

Wir labern nicht nur sondern meinen es ernst! Nachdem Unterschriftenlisten nichts gebracht haben, müssen wir nun selber tätig werden. **Jetzt heißt es: Schulboykott!** Wir werden nicht in die Schule gehen und zu Hause bleiben, bis unsere Forderungen erfüllt wurden. Einfach nur zu Hause Bleiben reicht natürlich nicht aus. Um unsere Forderungen durchzusetzen, wird es letzten Endes notwendig sein, auch auf die Gewerkschaften zuzugehen und den Boykott in einen richtigen Streik umzuwandeln. Damit wir also nicht alleine blöd dastehen, müssen wir uns vernetzen und organisieren, denn zusammen sind wir stark! Zusammen mit unseren Lehrer\_Innen und der GEW fordern wir: Lasst die Schulen zu!

Bild:

<https://www.flickr.com/photos/30845644@N04/13924686926/in/photostream/>